



Nr. 17

2. Mai 2013

Inhalt

[Dauderstädt: Öffentlicher Dienst arbeitet vielfach am Limit+++](#)

[Dauderstädt: Arbeit im öffentlichen Dienst materiell und ideell wertschätzen+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: Demografischen Wandel steuern per Steuergesetzgebung+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[SBB-Gewerkschaftstag wählt neue Landesleitung+++](#)

[Kritik an Finanzminister – Walter-Borjans beim DBB NRW+++](#)

[dbb sachsen-anhalt im Gespräch mit CDU: Mitbestimmung stärken+++](#)

[Schwitzer sieht Personal „im Frustmodus“+++](#)

[dbb Vize: In der Pflege europäisch denken+++](#)

[24. Deutscher Berufsschultag wählt neuen BLBS-Vorstand+++](#)

[Kraftfahrzeugsteuer: BDZ sieht Vollstreckung in Frage gestellt+++](#)

[VBE: Bildungspaket stigmatisiert bedürftige Kinder+++](#)

[BVÖGD: Ämtern gehen die Ärzte aus++](#)

[BTE begrüßt Verabschiedung des neuen Gesetzes zum Mess- und Eichwesen+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb: Öffentlicher Dienst arbeitet vielfach am Limit

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 30. April 2013 in Berlin gefordert, dass die Belastungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht weiter steigen. „Viele Bereiche des öffentlichen Dienstes arbeiten am Limit, weil die Personalausstattung nicht mit den eingeforderten Aufgaben mithält“, so der dbb Chef. „Das wird beispielsweise am bevorstehenden Maifeiertag deutlich: Die vielen Veranstaltungen, Kundgebungen und Feste sind etwa für die Polizei und die Rettungskräfte enorme zusätzliche Belastungen. Während viele Bürgerinnen und Bürger feiern, sorgen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für Sicherheit und Ordnung. Dafür verdienen sie unseren Respekt.“

„Wir brauchen endlich eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, was wir vom öffentlichen Dienst erwarten – und wie wir es den Beschäftigten dauerhaft ermöglichen, dem auch gerecht zu werden. Diese Frage müssen wir gemeinsam beantworten: die Politik als Arbeitgeber, die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, alle Bürgerinnen und Bürger. Immer neue Aufgaben definieren und gleich-

zeitig Personal abbauen, das funktioniert schon längst nicht mehr“, sagte Dauderstädt weiter. „Ich wünsche mir, dass alle Menschen einen schönen und friedlichen 1. Mai verbringen können. Aber ich wünsche mir auch das Bewusstsein dafür, dass dies erst durch den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen ermöglicht wird.“
(01/17/13)

Dauderstädt: Arbeit im öffentlichen Dienst materiell und ideell wertschätzen

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die Tätigkeit im öffentlichen Dienst als „großartige Aufgabe“ bezeichnet, zugleich aber angemahnt, dass die Beschäftigten dafür mehr materielle und ideelle Wertschätzung erfahren müssten.

Auf dem VI. Gewerkschaftstag des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen sagte Dauderstädt am 27. April 2013 in Dresden: „Wir sind Teil einer Gesellschaft, in der Landwirtschaft, Handwerk und Industrie zurückgegangen sind, die sich als Dienstleistungsgesellschaft begreift – übrigens auch wir Gewerkschaften tun das. Wer eine Baugenehmigung erteilt, eine Unterrichtsstunde gibt, wer eine Kur bewilligt oder ein neues Auto zulässt – alle diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zweigen der öffentlichen Hände leisten solche Dienste. Und das ist verdienstvoll. Wir erwarten, dass sie auch das verdienen, was dem Staat solche Dienste an seinen Bürgern wert sind.“

Gemeint sei dies im doppelten Sinne: „Materiell – in Euro und Cent. Ideell – durch entsprechende Wertschätzung unserer Arbeit. Nicht nur durch unsere Kunden, die Bürger, sondern auch durch unsere Dienstherrn und Arbeitgeber, durch Politik und Regierung“, so der Appell des dbb Chefs. Zu angemessenen Arbeitsbedingungen gehörten leistungsgerechte Bezahlung und eine den Aufgaben angemessene Personalausstattung - Konditionen, die den öffentlichen Dienst im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft bestehen lassen.
(02/17/13)

dbb bundesfrauenvertretung: Demografischen Wandel steuern per Gesetzgebung

(dbb) „Den demografischen Wandel gestalten bedeutet vor allem auch, Frauen und Männer am Wohlstand des Landes gleichermaßen zu beteiligen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, auf der Sitzung der Bundesfrauenvertretung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) am 30. April 2013 in Bad Godesberg.

Dies erfordere eine geschlechtersensible Ausgestaltung der öffentlichen Haushalte mit dem Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. „Frauen stellen im öffentlichen Dienst über die Hälfte der Beschäftigten. Das muss sich auch in den für Personalführung eingestellten Mitteln und entsprechenden Fördermaßnahmen der Verwaltungen widerspiegeln“, hob Wildfeuer hervor.

Flankierend forderte Wildfeuer eine progressive Steuerpolitik, die gesamtgesellschaftlich wirkt und Familien mit Kindern stärker begüns-

tigt. „Ein Umbau der Steuergesetzgebung ist dringend notwendig, um die finanzielle Gleichbehandlung der Geschlechter mit Blick auf die kommenden Generationen gezielt zu steuern. Das Ehegattensplitting etwa stammt aus einer Zeit, in der die Ehe die Grundlage für Familien war. Heute werden immer mehr Kinder in Familienkonstellationen groß, die nicht auf dem Prinzip der Ehe basieren. Auch diese Familien müssen hinreichend steuerlich gefördert werden.“

(03/17/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

SBB-Gewerkschaftstag wählt neue Landesleitung

(dbb) Zum neuen Landesvorsitzenden des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen ist mit überwältigender Mehrheit auf dem Gewerkschaftstag am 26. April 2013 in Dresden Gerhard Pöschmann gewählt worden. Pöschmann, bisher stellvertretender Landesvorsitzender, übernimmt das Amt von Günter Steinbrecht, der aus gesundheitlichen Gründen nicht erneut kandidiert hatte.

Weiter gehören der neuen Landesleitung als stellvertretende Landesvorsitzende Norbert Bullmann, Andre Ficker, Uwe Hehr, Wolfgang Renner, Klaus-Peter Schölzke und Nanette Seidler an. Zum Vorsitzenden der Tarifkommission im Range eines stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde Steffen Winkler gewählt. Landesgeschäftsführerin des SBB ist Petra Uhlig.

Der Gewerkschaftstag am 26. und 27. April stand unter dem Motto „Wir machen Staat“. Den 120 Delegierten des Gewerkschaftstages lagen zahlreiche Anträge zur Diskussion und Abstimmung vor. Unter dem Dach des SBB sind 60.000 Mitglieder in 34 Mitgliedsgewerkschaften organisiert.

Der neue Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann stellte die Ergebnisse der Beratungen anwesenden Landespolitikern, Gewerkschaftern und Gästen in einer öffentlichen Veranstaltung vor und umriss die Arbeitsschwerpunkte der kommenden fünf Jahre.

„Sachsen ist dabei, seinen Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern zu verspielen“, warnte er. Die Politik ziele nur noch auf einen möglichst schnellen Schuldenabbau. „Niemand wird ernsthaft behaupten, dass ein schuldenfreies Sachsen kein Standortvorteil wäre. Aber der Preis, den wir dafür zahlen sollen, ist zu hoch“, kritisierte der Landeschef.

Der demografische Wandel müsse „als Herausforderung an uns alle“ begriffen werden. „Dazu soll und muss es eine Diskussion um die originären Aufgaben des Staates und verbesserte Arbeitsstrukturen geben“, forderte Pöschmann. Ein Staat, der nach einem Personalabbau nicht mehr handlungsfähig ist, dürfe nicht das Ziel sein. „Bürgerfreundlichkeit und Erreichbarkeit sind die Kriterien, nach denen entschieden werden muss. Nur so kann Sachsen auch langfristig seine Hausaufgaben zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger lösen.“

(04/17/13)

Kritik an Finanzminister – Walter-Borjans beim DBB NRW

(dbb) Heftige Kritik schlug dem NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans auf der Frühjahrstagung des Hauptvorstandes des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes am

29. April 2013 entgegen. Meinolf Guntermann, Vorsitzender des DBB NRW, begrüßte den Minister u. a. mit einem Zitat aus einem Protestschreiben zur Einkommensrunde 2013/2014: „Sie werden bei den nächsten Wahlen ein Waterloo erleben!“

Dem DBB NRW liegen hunderte Protestschreiben von enttäuschten Beamtinnen und Beamten aus der Landes- und Kommunalverwaltung an die Ministerpräsidentin, deren Stellvertreterin oder/und den Finanzminister vor, so Guntermann. „Diese zeigen in bestürzender Weise, dass bei sehr vielen Beamtinnen und Beamten etwas kaputt gemacht worden ist: das Vertrauen gegenüber den politisch Verantwortlichen.“ Guntermann forderte den Finanzminis-

ter auf, den Beschluss der Landesregierung zur Besoldungsrunde rückgängig zu machen und das Tarifergebnis eins zu eins für den Beamtenbereich zu übernehmen. Mit den Worten „Wer uns quält wird nicht gewählt“ fasste Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), die Diskussion mit dem Finanzminister zusammen.

(05/17/13)

dbb sachsen-anhalt im Gespräch mit CDU: Mitbestimmung stärken

(dbb) Der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Maik Wagner, und seine beiden Stellvertreter Wolfgang Ladebeck und Ulrich Stock haben sich am 23. April 2013 mit den Mitgliedern des Arbeitskreises Finanzen der CDU-Landtagsfraktion zu einem Informationsgespräch getroffen. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen die Besoldungsanpassung, die Personalentwicklung in der Landesverwaltung und die Novelle des Personalvertretungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, teilte der dbb sachsen-anhalt mit.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur inhaltsgleichen, aber zeitversetzten Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten sagte Wagner, dass der dbb an seiner Forderung nach einem rückwirkenden Inkrafttreten der ersten Anpassungsstufe zum 1. Januar 2013 und der zweiten Anpassungsstufe zum 1. Januar 2014 analog zum Tarifbereich festhalte. „Ich gehe davon aus, dass das Parlament die Schlechterstellung einer Statusgruppe bei der Bezahlung nicht zulässt und auf den bewährten Gleichklang der Statusgruppen setzt. Wir werden die Beratung des Gesetzentwurfes im Landtag aufmerksam verfolgen. Dann wird sich zeigen, wie hoch die Wertschätzung der Abgeordneten gegenüber den Beamtinnen und Beamten wirklich ist“, so Wagner.

Die prekäre Personalsituation in vielen Bereichen der Landesverwaltung war ein weiteres Thema, das intensiv diskutiert wurde. Die im Personalentwicklungskonzept der Landesregierung festgeschriebenen Stellenabbauziele gefährden die Aufgabenerledigung, warnten die Mitglieder der dbb-Landesleitung. Wagner, Ladebeck und Stock stellten den Ausschussmitgliedern abschließend die dbb-Positionen für ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz vor. Die Gesetzesnovelle müsse mehr sein als nur die Umsetzung der Rechtsprechung. Mitbestimmung und Mitwirkung müssten gestärkt und die Arbeitsbedingungen für die Personalräte verbessert werden.

(06/17/13)

Schwitzer sieht Personal „im Frustrmodus“

(dbb) Am 24. April 2013 haben Mitglieder der die Gewerkschaften unter dem Dach des dbb schleswig-holstein für eine Übertragung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst auf den Beamtenbereich demonstriert.

Bereits im Vorfeld hatte die schleswig-holsteinische dbb-Chefin Anke Schwitzer erklärt, das Personal gehe „in den Frustrmodus“. Schwitzer weiter: „Die Hinhaltetaktik der Landesregierung muss endlich ein Ende haben.

Wir wollen eine gerechte Bezahlung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes.“ Schon der Tarifabschluss von Potsdam sei ein Kompromiss gewesen. „Diesen nun zu Lasten der beamteten Kolleginnen und Kollegen nach

Gusto weiter zurechtzustutzen, geht in den Bereich der Frechheit.“

„Im Übrigen vermuten wir, dass das Land sich arm rechnet“, so Schwitzer weiter. „Allein durch das günstige Zinsniveau hat das Land eingelebte Mittel in Millionenhöhe nicht für

Kreditzinsen ausgeben müssen. Hinzu kommen sprudelnde Steuereinnahmen. Eine Übertragung des Tarifabschlusses ist in dieser Situation nicht nur möglich sondern geboten.“ (07/17/13)

dbb Vize: In der Pflege europäisch denken

(dbb) Aktuell verhandeln das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission im sogenannten Trilog über die europaweite Anerkennung des Pflegeberufs. Dabei stehen vor allem die Anforderungen an die Ausbildung von Krankenschwestern und –pflegern im Vordergrund. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der komba gewerkschaft, Ulrich Silberbach, geht davon aus, dass die deutsche Berufsausbildung im Wege des dualen Systems voll anerkannt wird und damit erhalten bleibt.

„Das Abitur kann nicht der alleinige Weg für eine Qualifizierung in diesem wichtigen Beruf sein“, sagte Silberbach am 30. April 2013. „Wir haben mit der mittleren Reife nach zehn Schuljahren und der anschließenden Krankenpflegeausbildung in den Krankenhäusern und den Berufsschulen ein gut funktionierendes, Qualität sicherndes System.“

Zu den seit Ende Februar laufenden Trilog-Verhandlungen sagte Silberbach: „Offenbar konnte ein Kompromiss gefunden werden, der die angestrebte Mobilität der Arbeitnehmer in Europa erlaubt, ohne den deutschen Berufsabschluss in Frage zu stellen.“ Die EU-Kommission hatte zunächst vorgeschlagen, zwölf Jahre allgemeinbildende Schule europaweit als Voraussetzung für den Krankenpflege-

beruf vorzusehen. Für Deutschland hätte dies de facto bedeutet, dass fortan statt der mittleren Reife zumindest das Fachabitur erforderlich gewesen wäre, über das aber nur etwa die Hälfte des pflegenden Personals verfügt. „Die dreijährige Ausbildung im dualen System setzt höchste Qualitätsstandards. Sie muss eine europaweite Verwendung erlauben“, so der komba-Chef. „Ich setze darauf, dass der europäische Gesetzgeber zu einer Lösung findet, die den Erhalt des deutschen Berufsbildungsweges für qualifizierte Pflegekräfte erlaubt“, sagte Silberbach mit Blick auf die für September erwartete Erste Lesung im Europäischen Parlament. „Alles andere würde die ohnehin bestehenden Personalengpässe dramatisch verschärfen.“ (08/17/13)

24. Deutscher Berufsschultag wählt neuen BLBS-Vorstand

(dbb) Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat auf seinem Berufsschultag am 25. April 2013 in Potsdam Eugen Straubinger zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt Sein Amtsvorgänger Berthold Gehlert, der acht Jahre an der Verbandsspitze gestanden hatte, war aus Altersgründen nicht noch einmal angetreten.

Straubinger leitet als Oberstudiendirektor seit 1998 die Philipp-Matthäus-Hahn-Schule, ein Gewerbliches Schulzentrum in Balingen (Baden-Württemberg) mit 2.500 Schülerinnen und Schülern, die von 140 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden. Er hat an der Universität Stuttgart das Lehramt an beruflichen Schulen mit den Fächern Fertigungstechnik und Kfz-Technik studiert.

Zum neuen BLBS-Vorstand gehören weiter die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolf-

gang Lambl, Sven Mohr, Stefan Nowatschin und Lilian Schwarzweller.

Der 24. Deutsche Berufsschultag stand unter dem Motto „Berufliche Schulen sichern Zukunft!“. „Die Veranstaltung war für uns sehr erfolgreich“, zog der neue BLBS-Vorsitzende vor der Vertreterversammlung Bilanz. Im Namen des Vorstandsteams versprach Straubinger: „Wir werden uns mit besonderer Freude, Energie und Elan umgehend an die Arbeit machen.“ Es gehe unter anderem darum, sich

bundesweit und international für die Interessen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen einzusetzen und eine engere Kooperation der beruflichen Schulen mit der Arbeitswelt zu erreichen.

Themen des Berufsschultages waren auch die Eingruppierungsproblematik von tarifbeschäf-

tigten und beamteten Lehrern, die Gestaltung der Prüfungen von Altenpflegern, die Weiterentwicklung der internationalen Netzwerke in der beruflichen Bildung und die Lehrergesundheit.

(09/17/13)

Kraftfahrzeugsteuer: BDZ sieht Vollstreckung in Frage gestellt

(dbb) In die Debatte um Probleme bei der Übernahme von Personal zur Bearbeitung der Kraftfahrzeugsteuer hat sich der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft eingeschaltet. Am 29. April 2013 trat der BDZ dem in Medienberichten erweckten Eindruck entgegen, das Bundesfinanzministerium (BMF) sei für die Probleme der Übernahme von Personal aus dem Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) zur Bearbeitung der Kraftfahrzeugsteuer verantwortlich.

Entgegen dem auch von Teilen der Opposition gegenüber dem BMF erhobenen Vorwurf der „Unfähigkeit“, diesen Prozess im eigenen Haus zu organisieren, trage in erster Linie das BMVg für das absehbare personalwirtschaftliche Desaster die Verantwortung, erklärte BDZ-Chef Klaus H. Leprich. Er sehe angesichts der aktuellen Situation die vollständige Erhebung und Vollstreckung der Kraftfahrzeugsteuer bei säumigen Steuerpflichtigen zum Stichtag 1. Juli 2014 in Frage gestellt, so Leprich weiter.

Hintergrund sind Medienberichte. Diese hatten sich auf ein Schreiben von Finanzstaatssekretär Werner Gätzer an den Haushaltsausschuss des Bundestags vom 14. März 2013 berufen, in dem dieser die dramatische Lage schildert und Haushaltsmittel für Maßnahmen anfordert, die außerhalb des "Maßgabebeschlusses" des Haushaltsausschusses vom 8. November 2012 liegen. Danach ist das für die Bearbeitung der Kraftfahrzeugsteuer benötigte Personal zwingend aus bestehenden Personalüberhängen, insbesondere aus dem Geschäftsbereich des BMVg zu gewinnen.

In den Berichten werde zutreffend aus dem Schreiben zitiert, dass für die Besetzung der 1.771 Stellen bislang erst 641 Zusagen durch das BMVg erteilt worden seien, so der BDZ

weiter. Weitere 107 Bewerberinnen und Bewerber könnten allenfalls nach 2014 freigegeben werden. Noch in diesem Jahr werden mindestens weitere 519 Beschäftigte benötigt, 187 davon bereits zum 1. Mai 2013.

Seitdem feststeht, dass der Personalbedarf aus Überhangbereichen nicht gedeckt werden kann, hat das BMF entschieden, das erforderliche Personal über das Postnachfolgeunternehmen VIVENTO zu decken. Die Beschäftigten müssen für die Dauer von sechs bis neun Monaten intensiv geschult werden. Die Kosten für diese Maßnahme belaufen sich auf rund 40 Millionen Euro, für die es einer außerplanmäßigen Ermächtigung des Haushalts bedarf.

Aus Sicht des BDZ haben die stringenten Vorgaben des Haushaltsausschusses und der zögerliche Zulauf aus dem BMVg das BMF in eine heikle Situation gebracht und Verunsicherung bei den Beschäftigten hervorgerufen, die zu Recht Planungssicherheit erwarteten. Wenn die Politik nach Erklärungen suche, solle sie für Klarheit im Rahmen der Bundeswehrreform und für die Rahmenbedingungen beim Zoll sorgen, erklärte Leprich.

(10/17/13)

VBE: Bildungspaket stigmatisiert bedürftige Kinder

(dbb) „Das Bildungs- und Teilhabepaket ist und bleibt ein Etikettenschwindel des Bundes.“ Das sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 26. April 2013.

„Das vollmundige Ziel, bedürftigen Kindern Lernunterstützung und mehr Teilhabe an Sport und Kultur zu ermöglichen, geht nicht auf. Ganz im Gegenteil führt das Bildungspaket zu einer Stigmatisierung der Kinder. Lehrer werden gezwungen, für ihre Schüler Förderbedarf festzustellen, damit Jobcenter private Nachhilfen genehmigen dürfen. Gleichzeitig verweigert der Staat den Schulen die nötigen Förderbedingungen.“ Der VBE halte das für einen Skandal. „Mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, muss endlich Kern einer vernünftigen Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich werden“, so Beckmann. „Das Kooperationsverbot muss verschwinden.“

Beckmann weiter: „Das Bildungs- und Teilhabepaket zielt offiziell darauf, die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungschancen zu entkoppeln. Kinder aus sozial schwachen Familien haben aber erst einen Anspruch auf Fördermittel, wenn sie schon versetzungsgefährdet sind. Das Bildungspaket verlangt, dass bedürftige Kinder erst in eine Notlage geraten müssen. Präventive Unterstützung ist damit ausgeschlossen. Der Bund schaufelt also Gelder auf dem Umweg über private Träger in den Bildungsbereich und leistet in Wirklichkeit einer schleichenden Privatisierung Vorschub.“ (11/17/13)

BVÖGD: Ämtern gehen die Ärzte aus

(dbb) Die Gesundheitsämter haben große Probleme, genügend Ärzte zu finden. Das wurde auf dem 63. Wissenschaftlichen Kongress des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) mitgeteilt, der vom 25. Bis 27. April 2013 in Berlin stattfand.

Die BVÖGD-Bundesvorsitzende Dr. Ute Teichert-Barthel sagte: „Im ganzen Bundesgebiet spitzt sich die Lage in den Gesundheitsämtern zu. Derzeit sind nach einer Umfrage des BVÖGD 200 ärztliche Stellen unbesetzt. Sollte es zu einer Masern-Epidemie oder auch zu anderen Erkrankungswellen kommen, stellt dies die Gesundheitsversorgung durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) vor erhebliche Probleme.“

Seit Februar 2013 werden beispielsweise zunehmend Masernerkrankungen in Berlin registriert. Im Vorjahr gab es von Januar bis April nur 6 Erkrankungsfälle, in diesem Jahr hingegen schon 60. Masern sind keine harmlose

Kinderkrankheit, Masern kann auch Erwachsene treffen und mit gefährlichen Komplikationen einher gehen.

Damit der ÖGD seinen präventiven Auftrag erfüllen kann, werden ausreichend viele und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere Ärztinnen und Ärzte, gebraucht. Aufgrund der schlechten Vergütung der Ärztinnen und Ärzte, die im ÖGD beschäftigt sind, sei es derzeit kaum möglich, gut ausgebildete Mediziner für eine Tätigkeit in den Gesundheitsämtern zu gewinnen, so Teichert-Barthel.

(12/17/13)

BTE begrüßt Verabschiedung des neuen Gesetzes zum Mess- und Eichwesen

(dbb) Die Verabschiedung des neuen Mess- und Eichgesetzes im Deutschen Bundestag ist vom BTE begrüßt worden. „Endlich ist diese Hängepartie beendet“, kommentierte Ronald Kraus, Vorsitzender der Fachgewerkschaft Mess- und Eichwesen (BTE) die Verabschiedung,

Das Gesetz regelt die messtechnische Prüfung von Messgeräten im geschäftlichen Verkehr wie Zapfsäulen, Waagen oder Elektrizitätszähler. Zukünftig ist bei allen Messgeräten der Hersteller beim erstmaligen Inverkehrbringen komplett zuständig. Somit gelten künftig ein-

heitliche Regeln für den Marktzutritt von Messgeräten, unabhängig davon, ob das jeweilige Messgerät europäisch oder national geregelt ist. Die periodische Nacheichung durch die staatlichen Eichämter oder die Prüfstellen bleibt erhalten.

Der BTE fordert, dass die Länderfinanzminister die Eichämter nun endlich konsequent mit zusätzlichem Personal für die vielen Aufgaben im Verbraucherschutz ausstatten. „Das Bundeswirtschaftsministerium hatte verschiedene Anläufe unternommen, das Gesetzliche Messwesen zu reformieren. In einigen Bundesländern sind deshalb notwendige Einstellungen unterblieben“, kritisierte BTE-Chef Kraus, „das führte dazu, dass Eichungen nicht rechtzeitig erfolgen konnten. Eine konsequente Marktüberwachung neuer Messgeräte war vielfach ebenfalls nicht möglich.“

Namen und Nachrichten

(dbb) Drei Beamte haben bei verschiedenen Verwaltungsgerichten in Rheinland-Pfalz Klagen gegen die Deckelung ihrer Bezüge eingereicht. Das teilte der dbb beamtenbund rheinland-pfalz am 29. April 2013 in Mainz mit. Hintergrund ist, dass das Land den Tarifabschluss für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst mit einem Gehaltsplus von 5,6 Prozent in zwei Schritten nicht auf Beamte übertragen will. Der Landtag hatte beschlossen, dass Beamte pro Jahr bis 2016 nur ein Prozent mehr Geld bekommen. „Der Tarifabschluss muss auch für Beamte gelten“, sagte der Landesgeschäftsführer des dbb rheinland-pfalz, **Malte Hestermann**. Die Klagen seien Mitte April bei den Gerichten in Trier, Neustadt und Mainz eingereicht worden.

Am 26. April 2013 hat ein erstes Gespräch des **dbb brandenburg** mit den zuständigen Staatssekretären zu den Themen Übernahme des Tarifergebnisses, Sonderzahlung und lebensphasengerechtes Arbeiten stattgefunden. Wie der dbb Landesbund mitteilte, sei die Unterredung in freundlicher Atmosphäre verlaufen, aber ohne greifbare Ergebnisse geblieben. Vereinbart wurde lediglich, dass eine Arbeitsgruppe mit dbb-Beteiligung Möglichkeiten dafür ausloten soll, ein Eckpunktepapier zu Maßnahmen für „altersgerechtes Arbeiten“ zu erarbeiten. Wie der dbb brandenburg weiter mitteilte, werde sich die Landesregierung Mitte Juni zur Übernahme des Tarifergebnisses und der möglichen Zahlung eines „Weihnachtsgeldes“ äußern.

Für Steuerflüchtlinge in Europa wird es nach Einschätzung der Deutschen Steuer-

Sehr bedauerlich findet die Gewerkschaft, dass das zuständige Bundeswirtschaftsministerium den Entwurf der Ausführungsverordnung nicht rechtzeitig vorgelegt hat. „Wir erwarten, dass das hohe Schutzniveau im Gesetzlichen Messwesen nicht nachträglich aufgeweicht wird“, so Kraus. Beispielsweise dürfe der Wechsel eines Displays an einer Zapfsäule nicht dazu führen, dass die periodisch notwendige Nacheichung durch Hersteller umgangen wird. (13/17/13)

Gewerkschaft (DSTG) enger. „Der Druck auf Steuerflüchtlinge steigt“, sagte DSTG-Bundesvorsitzender und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** der „Deutschen Handwerks-Zeitung“ (Ausgabe vom 24. April 2013). „Das hängt mit den verschiedenen Daten-CDs zusammen, die der Öffentlichkeit zugespielt werden, Hinzu kommt, dass Luxemburg sein Bankgeheimnis aufgeben wird und Länder wie die Vereinigten Staaten immer rigider gegen unkooperative Staaten vorgeben.“ Die Problematik der Steueroasen, so Eigenthaler weiter, sei nur auf internationaler Ebene zu lösen. „Daher werden wir noch lange mit solchen Problemen leben müssen.“ Er schätze, so Eigenthaler, dass in Luxemburg etwa 50 Milliarden Euro Schwarzgeld von Deutschen liegen, in Österreich schätzungsweise 20 Milliarden Euro.

Für eine nachhaltige Sicherung von Schulsozialarbeit plädiert der Verband Bildung und Erziehung (VBE). „Der VBE unterstützt die Bundesratsinitiative von NRW und Rheinland-Pfalz, die Finanzierung für Schulsozialarbeit in Brennpunktschulen durch den Bund auch über 2013 hinaus zu gewährleisten“, erklärte Verbandsvorsitzender **Udo Beckmann** mit Blick auf die Bundesratssitzung am 3. Mai 2013. „Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld sind auf diese Unterstützung angewiesen. Der Ausbau der Schulsozialarbeit hat sich bewährt. Es hat nichts mit Nachhaltigkeit und verantwortungsvoller Bildungspolitik zu tun, Maßnahmen anzuschieben, erfolgreich zu nutzen und dann trotzdem einzustampfen“, kritisierte Beckmann. An diesem Beispiel werde erneut deutlich, „wie dringend erforderlich es ist, dass

das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern fällt. Der Bund muss wieder die Möglichkeit bekommen, in Kooperation mit den Ländern in die Verbesserung von Bildung zu investieren“.

Am 24. April 2013 hat die **DPVKOM** ihre Warnstreiks bei der Deutschen Post fortgesetzt. Daran beteiligten sich erneut zahlreiche Beschäftigte des Unternehmens. So legten am Morgen rund 50 Beschäftigte des Zustellstützpunktes im schleswig-holsteinischen

Rendsburg für mehrere Stunden die Arbeit nieder, um die Forderung nach einem verhandlungsfähigen Angebot des Arbeitgebers bei den Tarifverhandlungen zu bekräftigen. Dies führte zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Briefzustellung, die allein von der Deutschen Post zu verantworten sind. Auch zahlreiche Mitarbeiter der Briefzentren in Langenfeld bei Düsseldorf äußerten lautstark ihren Unmut über die Hinhaltenaktik des Arbeitgebers.
(14/17/13)